

BIHK Unternehmensbarometer

Zwischenbilanz zur Arbeit der Staatsregierung

Nicht auf Erreichtem ausruhen

Die bayerischen Unternehmen stellen der Politik auf Bundes- und auf Landesebene nach zweieinhalb Jahren Regierungstätigkeit ein durchschnittliches Zwischenzeugnis aus. Die wirtschaftspolitische Arbeit der Bayerischen Staatsregierung wird mit der Schulnote 3+ bewertet. Die Standortattraktivität, die auch stark durch die Bundespolitik beeinflusst ist, hat sich nach Meinung der bayerischen Betriebe in den vergangenen zweieinhalb Jahren leicht verbessert. Wichtigste Themen bis zur Landtagswahl 2018 sind aus Sicht der Unternehmen die Digitalisierung, Bildung und Fachkräftesicherung sowie der Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Dies ist das Ergebnis des BIHK-Unternehmensbarometers unter rund 700 Unternehmen.

Die Staatsregierung ist vor zweieinhalb Jahren mit dem Anspruch angetreten, dass Bayern sich mit der Spitzengruppe der weltweit leistungsfähigsten Länder messen lassen muss. Mit der Gesamtnote 2,7 für ihre wirtschaftspolitische Arbeit sollte die Staatsregierung daher nicht vollends zufrieden sein. Sehr zufrieden sind 4 % der bayerischen Unternehmen mit der Wirtschaftspolitik. Eine gute Arbeit konstatieren 45 % der Betriebe. Rund ein Drittel der Unternehmen (35 %) stuft die Leistung als „befriedigend“ ein. Die Note 4 und schlechter vergeben 17 %. Die Bewertungen dürften dabei auch von bundespolitischen Beschlüssen beeinflusst sein, die nicht in die alleinige Entscheidungshoheit der Staatsregierung fallen.

„Die Staatsregierung muss die Weichen wieder in Richtung Zukunft stellen.“

Dr. Eberhard Sasse
Präsident
Bayerischer Industrie- und Handelskammertag e. V.

Attraktivität des Wirtschaftsstandorts leicht verbessert

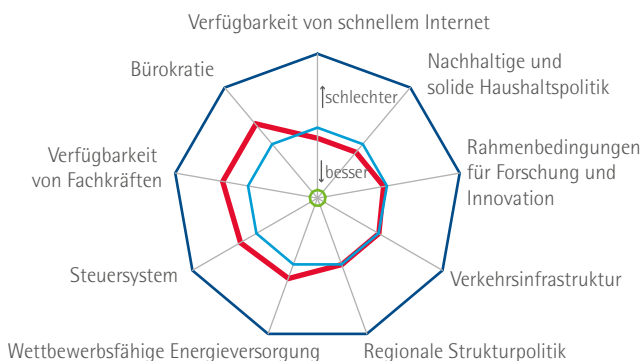
Leichte Fortschritte sehen die Unternehmen hinsichtlich der Entwicklung der Standortattraktivität: Eine starke Verbesserung sehen 5 % der Betriebe, 36 % konstatieren Fortschritte. Für die Hälfte der Befragten (51 %) hat sich die Attraktivität des Freistaates nicht verändert und für 8 % der Unternehmen ist sie gesunken. Mit einem Schnitt von 2,6 hat sich die Standortattraktivität in den vergangenen zweieinhalb Jahren damit leicht verbessert. Zwei Punkte müssen bei der Interpretation berücksichtigt werden. Zum einen hängt die Standortattraktivität nicht nur von landespolitischen Rahmenbedingungen ab. Auch hier kommt dem Bund eine starke Verantwortung zu. Daneben beeinflussen auch europäische oder regionale Themen die Attraktivität des Standorts. Zum anderen waren die Standortbedingungen Bayerns im nationalen und internationalen Vergleich zu Beginn der aktuellen Legislaturperiode günstig.

Hinweise zur Grafik

Es wurde eine fünfstufige Skalierung von stark verbessert bis stark verschlechtert gewählt.

Ein Durchschnitt von 5 ■ würde starke Rückschritte und eine 1 ■ starke Fortschritte bedeuten. Die Note 3 ■ bedeutet keine Veränderung.

■ Aktuelle Bewertung



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

Die Ergebnisse zur Wettbewerbsfähigkeit im Detail

82 %

der Unternehmen berichten von einer starken Einschränkung ihrer unternehmerischen Tätigkeit aufgrund bürokratischer Vorschriften.

Ergänzend zum Gesamturteil zur Standortattraktivität wurden die Unternehmen zur Entwicklung wichtiger Standortfaktoren bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit befragt. Dabei zeigt sich, dass die Unternehmen kritischer sind, wenn es ins Detail geht. Während Sie bei der Breitbandversorgung sowie bei den öffentlichen Finanzen Verbesserungen anerkennen, ist ihrer Einschätzung nach die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns mit Blick auf die Bürokratiebelastung sowie die Verfügbarkeit von Fachkräften gesunken. Auch bezüglich des Steuersystems und der Energiepolitik sehen die Unternehmen mehr Rückschritte als Fortschritte. In den Feldern Verkehrsinfrastruktur, regionale Strukturpolitik sowie hinsichtlich der Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation sehen sie keine Veränderungen.

Breitbandversorgung

Die Staatsregierung hat sich ebenso wie der Bund den Ausbau des schnellen Internets auf die Fahne geschrieben. Dies scheint erste Früchte zu tragen: 46 % der bayerischen Unternehmen berichten von einer gestiegenen Breitbandverfügbarkeit, 3 % sogar von einer starken Verbesserung. Im Durchschnitt wird die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit hinsichtlich der Verfügbarkeit von schnellem Internet mit 2,6 bewertet. Dies ist ein gutes Fundament, jedoch muss der Ausbau weitergehen.

86 %

fordern eine Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen und eine Lockerung der Aufzeichnungspflichten.

Konsolidierung Staatsfinanzen

Fortschritte sehen die Unternehmen auch bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen. Insgesamt erreicht die Staatsregierung auch die Note 2,6.

Die Staatsregierung und auch der Bund profitieren erheblich von der guten konjunkturellen Entwicklung und den daraus resultierenden Rekordeinnahmen sowie den niedrigen Zinsen. Eine wirkliche Konsolidierung, bei der Ausgaben systematisch auf den Prüfstand gestellt und schmerzhaft Entscheidungen getroffen werden, ist weder im Bund noch in Bayern erkennbar. Die derzeitige Strategie – Konsolidierung bei gleichzeitig steigenden Ausgaben – wird bei einer schwächeren konjunkturellen Entwicklung nicht zu halten sein.

83 %

der Unternehmen halten es für notwendig, dass die Staatsregierung in den Gymnasien und in den weiterführenden Schulen die Chancen einer dualen Ausbildung stärker vermittelt.

Bürokratie

Die Staatsregierung hat mit der Paragraphenbremse versucht, den Aufbau neuer Bürokratie auf Landesebene zu begrenzen. Auch auf Bundesebene hat sie sich für weniger Bürokratie eingesetzt. Dennoch ist die Bürokratiebelastung angestiegen, denn auf Bundesebene wurden Gesetze beschlossen, die zu einem Anstieg geführt haben. So wurde beispielsweise im Zuge der Einführung des Mindestlohns Aufzeichnungspflichten der Unternehmen erweitert und Haftungsrisiken erhöht. Nach Ansicht von 40 % der Unternehmen hat sich die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns insgesamt hinsichtlich der Bürokratie verschlechtert und weitere 12 % sprechen von starken Einbußen. Lediglich 3 % der Unternehmen sehen Fortschritte beim Bürokratieabbau. Insgesamt ergeben die Bewertungen einen Durchschnitt von 3,6, was eine gesunkene Wettbewerbsfähigkeit hinsichtlich der Bürokratiebelastung bedeutet.

Aus Sicht der Unternehmen hat das Ausmaß bürokratischer Auflagen und Vorgaben mittlerweile ein bedenkliches Niveau erreicht: 82 % berichten von einer starken Einschränkung ihrer unternehmerischen Tätigkeit aufgrund von Bürokratie. Mehr Flexibilität bei Arbeitszeitregelungen und eine Lockerung der Aufzeichnungspflichten könnten die Belastung aus Sicht der Unternehmen wieder reduzieren. Für diesbezügliche Erleichterungen sprechen sich 86 % der Unternehmen aus.

Verfügbarkeit von Fachkräften

In der heutigen Wissensgesellschaft ist die Verfügbarkeit von Fachkräften einer der wichtigsten Standortfaktoren. Nach Einschätzung der Unternehmen hat sich die Verfügbarkeit von Fachkräften verschlechtert: Mehr als jedes zweite Unternehmen berichtet aufgrund dessen von Wettbewerbsverlusten, 6 % von großen. Mit einem Schnitt von 3,6 hat der Standort Bayern hinsichtlich der Fachkräfteverfügbarkeit nach Einschätzung der Unternehmen im Vergleich zum Beginn der Legislaturperiode an Wettbewerbsfähigkeit verloren.

Diese Bewertung dürfte wesentlich durch die gute konjunkturelle Entwicklung getrieben sein, die die Nachfrage nach Arbeitskräften hoch hält. Da in weiten Teilen mittlerweile nahezu Vollbeschäftigung herrscht, sind schlicht zu wenige Fachkräfte verfügbar. Die Staatsregierung versucht den Fachkräftemangel zu begrenzen. Mit der Ausbildungskampagne Elternstolz trägt sie zusammen mit den bayerischen IHKs zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses bei. Ebenfalls positiv ist ihr Engagement im Rahmen des Familienpakts Bayern zu werten, mit dem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vereinfacht und Fachkräftepotenziale gehoben werden sollen. Unter dem Strich kann die Staatsregierung jedoch nur indirekt das Fachkräfteangebot erhöhen, indem sie mehr Anreize zur Erwerbsbeteiligung schafft und die Attraktivität Bayerns für ausländische Fachkräfte erhöht.

Steuersystem

Unzufriedenheit herrscht im Unternehmerlager in Bezug auf die Steuerpolitik. Auch hier hat die Staatsregierung nur begrenzt Einfluss, da wichtige Steuern im Zuständigkeitsbereich des Bundes liegen. In der aktuellen Legislaturperiode wurden keine großen Korrekturen am Steuersystem vorgenommen. Zwei Drittel der Unternehmen (65 %) sehen diesbezüglich keine Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit. Ein Drittel (33 %) berichtet sogar von Wettbewerbseinbußen. Mit einem Schnitt von 3,4 hat sich die Wettbewerbsfähigkeit hinsichtlich des Steuersystems verschlechtert. Der wesentliche Grund hierfür dürfte die anhaltende Diskussion um die Erbschaftsteuerreform und die damit einhergehende Unsicherheit sein. Gerade beim Übergang von einer Generation zur nächsten sind die Unternehmen auf Planungssicherheit angewiesen.

Lediglich auf Steuererhöhungen zu verzichten, reicht den Unternehmen nicht aus. Sie fordern ein einfacheres Steuersystem und angesichts der Rekorderlöse auch Steuerreduzierungen, beispielsweise durch einen Abbau des Mittelstandsbauchs, sowie das Schließen von Steuerschlupflöchern. Im Gegenzug zu einer wirklichen Steuerreform sind die Unternehmen bereit, einen eigenen Beitrag zu leisten: Zwei Drittel der Unternehmen bevorzugen ein einfacheres Steuersystem, selbst wenn dies einen Wegfall aller Ausnahmetatbestände bedeuten und ihre eigene Steuerbelastung steigen würde.

Energie

Die aktuelle Energiepolitik hat die Wettbewerbsfähigkeit aus Sicht der Unternehmen in den vergangenen 2,5 Jahren tendenziell verschlechtert. Die Bewertungen erreichen einen Schnitt von 3,3. Für 30 % der Unternehmen ist die Wettbewerbsfähigkeit in Bezug auf die Energieversorgung gesunken und für weitere 8 % stark. 51 % sehen keine Veränderung und 12 % sehen Fortschritte bei der Wettbewerbsfähigkeit.

Mittel- bis langfristig dürfte die Wettbewerbsfähigkeit unter Druck kommen: Durch die Verzögerungen bei den Trassenplanungen, dem Erdkabelvorrang und den Mehraufwand zur Netzstabilisierung wird die Kostenbelastung weiter steigen. Bereits jetzt hat Deutschland im Allgemeinen und Bayern als Grenzland im Besonderen Wettbewerbsnachteile. Käme es in der Bundesrepublik zudem zu einer Zweiteilung des Strommarktes, würden die Chancen von Standortansiedlungen im Freistaat im Vergleich zu den anderen Bundesländern sinken. Die Unternehmen stärken der Staatsregierung den Rücken, notfalls auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen: Rund 80 % der Unternehmen fordern die Staatsregierung auf, wichtige Entscheidungen bei der Energiepolitik notfalls auch gegen Widerstände durchzusetzen.

58 %

der Unternehmen plädieren für weitere Erleichterungen beim Zuzug von ausländischen Fachkräften.

2/3

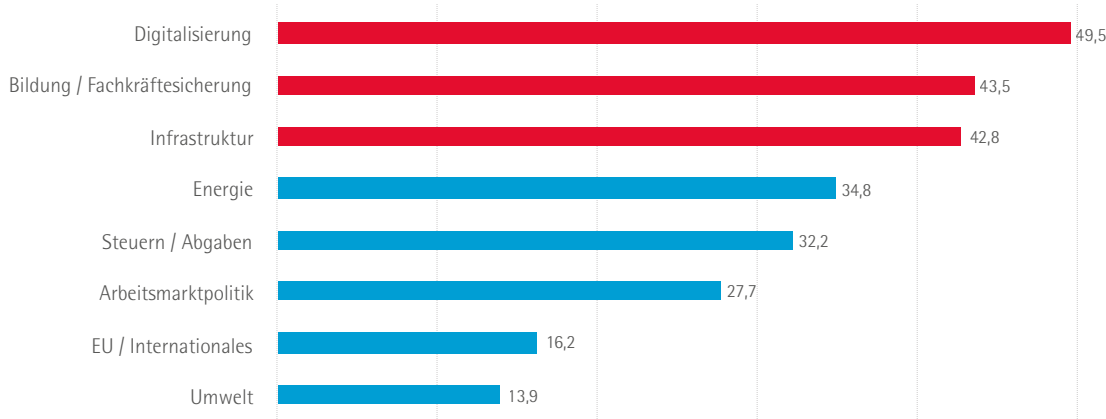
der Unternehmen fordern ein einfacheres Steuersystem, selbst wenn dies einen Wegfall aller Ausnahmetatbestände bedeuten und ihre eigene Steuerbelastung steigen würde.

Rund 80 %

der Unternehmen fordern die Staatsregierung auf, wichtige Verkehrs- und Energieinfrastrukturprojekte notfalls auch gegen Widerstände durchzusetzen.

Wichtigste Handlungsfelder in den kommenden 2,5 Jahren

Anteil der befragten Unternehmen in Prozent, die das Handlungsfeld als „sehr wichtig“ bewertet haben.



Resümee

Verbesserungen:

- Schnelles Internet
- Öffentliche Finanzen

Rückschritte:

- Bürokratie
- Verfügbarkeit von Fachkräften
- Steuersystem
- Energieversorgung

Wichtigste Aufgaben:

- Digitalisierung
- Bildung / Fachkräftemangel
- Infrastruktur

Informationen

 bihk.de

Weitere Informationen:

Dr. Jochen Wiegmann
 Philipp Hallenberger
 089 5116-0
 ihkmail@muenchen.ihk.de



In den verbleibenden knapp zweieinhalb Jahren sollte die Staatsregierung nach Ansicht der Unternehmen die Verbesserung von folgenden drei Strategiefeldern verstärkt ins Zentrum ihrer Arbeit rücken: Digitalisierung, Bildung / Fachkräftesicherung sowie Infrastruktur.

Digitalisierung

Die Staatsregierung setzt mit ihrer Strategie Bayern Digital einen richtigen Schwerpunkt: Rund jedes zweite Unternehmen sieht in der Digitalisierung eine sehr wichtige Regierungsaufgabe für die verbleibenden zweieinhalb Jahre. Damit ist dies aus Sicht der bayerischen Unternehmen das wichtigste Thema bis zur Landtagswahl 2018. Neben Unterstützung bei Themen wie Industrie und Arbeiten 4.0 drängen die Unternehmen vor allem auf einen weiteren Ausbau des Breitbandnetzes, hin zu einer flächendeckenden Versorgung.

Bildung und Fachkräftesicherung

Der Fachkräftemangel sorgt aus Sicht der Unternehmen ebenfalls für akuten Handlungsbedarf: 43 % der Unternehmen sehen die Bereiche Bildung und Fachkräftesicherung als sehr wichtige Handlungsfelder bis zur Landtagswahl 2018 an.

Ein Schwerpunkt muss nach Meinung der Unternehmen die berufliche Aus- und Weiterbildung sein. Für eine stärkere Vermittlung der Chancen einer dualen Ausbildung in den Gymnasien und in den weiterführenden Schulen sprechen sich 83 % der Unternehmen aus.

Der Bildung kommt auch bei der Integration von Flüchtlingen eine erhebliche Bedeutung zu. Auch die bayerischen Unternehmen sind bereit, Verantwortung bei der Flüchtlingsintegration zu übernehmen: Für einen starken Beitrag der bayerischen Wirtschaft zur Integration von Flüchtlingen bekennen sich sogar 55 % der Unternehmen.

Zudem ist es notwendig, zusätzliche Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. 60 % der Unternehmen sprechen sich daher für einen erleichterten Zuzug ausländischer Fachkräfte aus.

Infrastruktur

Eine weitere sehr wichtige politische Aufgabe stellt für 43 % der Unternehmen die Verbesserung der Infrastruktur dar. Die Unternehmen plädieren für mehr Investitionen in das Schienen- und Straßennetzes sowie den Ausbau der Luftfahrt. Auch in diesem Politikfeld ist die Staatsregierung auf Mithilfe des Bundes angewiesen, da über viele (Groß-)Projekte auf Bundesebene entschieden wird. Von der Staatsregierung wünschen sich allerdings 82 % der Betriebe, dass sie wichtige Verkehrs- und Energieinfrastrukturprojekte notfalls auch gegen Widerstände durchsetzt.